

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/aalener-sollen-prostitutionswerbung-melden-100.html>

OB WILL KEINE BORDELL-PLAKATE

Aalener sollen Prostituti- onswerbung melden

STAND: 5.1.2022, 11:53 UHR

VON FRANK POLIFKE



Aalens Oberbürgermeister Frederick Brütting (SPD) bittet Bürgerinnen und Bürger auf Facebook, Plakate mit Bordellwerbung bei der Stadt zu melden. Im Herbst waren zwei Plakate entfernt worden.

Jeder, der auf der Aalener Industriestraße Richtung Oberkochen unterwegs war, fuhr an ihnen vorbei: an zwei großflächigen Werbeplakaten für ein Bordell. Das stieß dem frisch gewählten Oberbürgermeister Frederick Brütting (SPD) sauer auf.

"Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, Prostitution sei ein normales Gewerbe, für das in unserer Stadt im öffentlichen Raum mit Reklame geworben wird."

Aalens OB Frederik Brütting auf facebook



Aalens Oberbürgermeister Brütting (SPD) fordert dazu auf, Prostitutionswerbung zu melden.

Bürger und Bürgerinnen sollen Prostitutionswerbung melden

Inzwischen sind die Plakate weg. Das Bauordnungsamt der Stadt Aalen hatte auf Betreiben des OB den Eigentümer des Werbeflächen-Standorts aufgefordert, die Werbung zu entfernen. Was dieser laut Brütting auch umgehend tat. Er habe dazu nie seine Einwilligung erteilt, schrieb er der Stadtverwaltung. In seiner Facebook-Nachricht fordert der Oberbürgermeister jede und jeden, dem eine solche Werbung auffällt, auf, sie der Stadtverwaltung zu melden. Sie sei selten genehmigt.

Rechtslage kompliziert

Das Wort "selten" spielt dabei eine wichtige Rolle: Prostitutionswerbung ist nicht grundsätzlich verboten. Für Marietta Hageney, die Geschäftsstellenleiterin des Ostalbbündnisses gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution, hat die Bundesregierung in dieser Hinsicht eine Rolle rückwärts gemacht: Die Novellierung des Prostitutionsgesetzes (jetzt: Prostituierten-Schutzgesetz) im Jahr 2017 hat das ursprüngliche Verbot relativiert, Bordellwerbung ist heute wieder möglich. Einzelne Städte verbieten sie jedoch per Gemeinderatsbeschluss. In Aalen und Ellwangen darf auf städtischen Flächen daher keine Prostitutionswerbung betrieben werden.

Bordellwerbung auf privatem Grund erlaubt - mit Ausnahmen

Anders auf privatem Grund und Boden: Hier hängt die Genehmigung von Prostitutionswerbung vom Eigentümer ab - so wie in der Aalener Industriestraße. Die Stadt sind deswegen noch nicht die Hände gebunden: Wenn baurechtliche Gründe gegen die Plakatierung sprechen, muss die Werbung abgehängt werden, teilt das Bauordnungsamt dem SWR auf Anfrage mit. Solche Gründe können eine "unzumutbare Häufung" von Plakaten an einer Stelle sein bzw. grundsätzlich eine potentielle Ablenkung der Autofahrer. Moralische Aspekte spielen bei der Genehmigung von Prostitutionswerbung auf privatem Grund keine Rolle.

Kritik: Plakatwerbung suggeriert Normalität der Prostitution

Für Marietta Hageney ist aber gerade der ethisch-moralische Aspekt entscheidend: Plakate mit Bordellwerbung suggerierten Normalität, kritisiert die Geschäftsstellenleiterin des Ostalbbündnisses gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution. "Es ist normal, dass es Bordelle gibt. Es ist normal, dass man dort Frauen wie eine Ware zur sexuellen Benutzung kaufen kann", lautet die Botschaft, die dadurch transportiert wird. Junge Menschen würden heute mit dem Bewusstsein aufwachsen, sie könnten sich für 30 Euro eine Frau kaufen und mit ihr machen, was sie wollten.





Marietta Hageney, Geschäftstellenleiterin Ostalbbündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution

Frauenhilfsorganisationen fordern Umdenken

Die Menschenrechts- und Frauenhilfsorganisation Solwodi, in der auch Marietta Hageney mitarbeitet, fordert ein grundsätzliches Umdenken.

"Wir wollen, dass sich die Zivilgesellschaft darüber Gedanken macht, dass es nicht normal ist, dass man im 21. Jahrhundert noch eine Frau zu sexueller Benutzung kaufen kann".

Marietta Hageney, Geschäftsstellenleiterin des
Ostalbbündnisses gegen Menschenhandel und
Zwangsprostitution

Das Ostalbbündnis, zu dem neben Solwodi die drei Städte Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd, die drei Soroptimistinnen-Clubs Ostalb und die Schwäbisch Gmünder Franziskanerinnen gehören, fordert Gesetze, die Prostitution als eine Form von Gewalt brandmarken.

Es gibt keine "gute" Prostitution

"Gute" oder "saubere" Prostitution gibt es nach Marietta Hageney's Überzeugung nicht. Die Sexindustrie lebe davon, dass Frauen in die Prostitution getrieben werden.

*"Prostitution ist meistens das letzte
Glied in einer Kette aus
Gewalterfahrung, Missbrauch,
Diskriminierung und Armut".*

Marietta Hageney, Ostalbbündnis gegen
Menschenhandel und Zwangsprostitution

Bei ihrer täglichen Arbeit mit Prostituierten in der Aalener Beratungsstelle von Solwodi hat sie die Erfahrung gemacht: Frauen werden durch Prostitution nicht reich und nicht weniger diskriminiert. Das Geld verdienen andere.